

Radikaler Systemwandel

Die Ordnung der Wirtschaft neu gestalten

Seit Erscheinen der „Grenzen des Wachstums“ im Jahre 1972 versagt die Menschheit, ihrer planetaren Verantwortung gerecht zu werden. Erforderlich ist eine Revolution des Wirtschaftssystems mit vier zentralen Punkten: Die Transformation des Rechts, die Abschaffung der Haftungsbeschränkung, eine nicht produktivistische Konzeption der Arbeit und die Einführung einer Energiesteuer.

Von Carsten Herrmann-Pillath

Im Jahre 1972 wurde das Buch *Die Grenzen des Wachstums* (Meadows et al. 1972) veröffentlicht, das bereits in aller Klarheit darlegte, dass das beschleunigte wirtschaftliche Wachstum an seine Grenzen stoßen muss und dass Überschreitungen katastrophale Folgen für das Erdsystem haben würden. Heute gibt es keinen Zweifel mehr, dass die *planetary boundaries* erreicht oder schon überschritten sind und dass weitreichende Maßnahmen zur Eindämmung des Wachstums unerlässlich sind (Folke et al. 2021). Der Bericht hatte auch diagnostiziert, dass unser Wirtschaftssystem die tiefere Ursache der Probleme ist, ohne aber radikale Maßnahmen der Umgestaltung zu fordern. In diesem Beitrag skizziere ich Eckpunkte eines solchen Systemwandels (ausführlicher in Bannas und Herrmann-Pillath 2020):

- Unser Rechtssystem muss radikal geozentrisch transformiert werden.
- Haftungsbeschränkende rechtliche Konstruktionen müssen eingeehrt werden.
- Die Arbeit muss durch Aufgabe des Produktivismus neu erfunden werden.
- Die Preisrelationen zwischen Energie und menschlicher Arbeit müssen zugunsten der Arbeit verschoben werden.

Geozentrische Transformation des Rechts

Der Klimawandel hat die Politik und die Unternehmen auf die Eindämmung der CO₂-Emissionen fokussiert, sodass die erneuerbaren Energien inzwischen als Königsweg angesehen werden, um ökologische Transformation und Wachstum miteinander zu versöhnen. Die Konsequenz ist, dass der Kern

des Wachstumsproblems nicht angegangen wird, nämlich das Wachstum der materiellen menschlichen Wirtschaft, der „Technosphäre“, zulasten der Biosphäre. Längst ist die Masse der vom Menschen geschaffenen Artefakte größer als die globale Biomasse. Das schlägt sich im zunehmenden Verlust an Biodiversität und der beschleunigten Zerstörung von Ökosystemen nieder. Auch eine CO₂-neutrale Wirtschaft ändert an diesem Prozess nichts. Woran liegt das? Die eigentliche Ursache liegt darin, dass die Biosphäre keinen Widerstand leisten kann und wir uns selbst Einschränkungen setzen müssten, was angesichts der Sireningesänge des Wachstums utopisch scheint (zumal große Teile der Menschheit noch unter existenzieller Armut leiden).

Deswegen ist der Schlüssel für die Systemtransformation die geozentrische Revolution des Rechts: Die Ansprüche der Biosphäre auf den Planeten müssen auf allen Ebenen rechtlich anerkannt werden und den Ansprüchen des Menschen entgegengesetzt werden (Überblick in Corrigan and Oksanen 2021). Genauso, wie unser heutiges System aus den rechtlichen Revolutionen der Neuzeit entstand, muss nun eine neue rechtliche Revolution stattfinden.

Im Kern muss eine Erklärung der *Universellen Rechte des Lebens* stehen. Eine solche Erklärung muss dann in die Verfassungen der Staaten übersetzt werden und Grundrechte aller Lebensformen definieren. Sie ist entscheidend, um Entitäten der Biosphäre den Status von Rechtssubjekten zu geben. Dabei geht es im Prinzip um Ansprüche auf die Früchte der Erde, im Kern auch einfach um Ansprüche auf Fläche einschließlich des Untergrundes und des Luftraumes darüber. Die Rechte von nicht menschlichen Subjekten werden auf dieselbe Stufe gestellt wie diejenigen von Menschen (Vanuxem 2018).

Diese Entwicklung hat längst eingesetzt. Es gibt bereits Länderverfassungen, die Erdrechte aufnehmen, und es gibt vielfältige Ansätze, Ökosystemen und nicht menschlichen Lebewesen subjektive Rechte zuzusprechen. Warum ist dieser Schritt der Schlüssel für die Lösung des Wachstumsdilemmas? Wachstum wird letzten Endes immer durch das Wachstum menschlicher Bedürfnisse begründet. Entweder wir selbst schränken uns ein oder wir akzeptieren, dass uns andere Grenzen setzen: Die geozentrische Transformation des Rechts ermöglicht das Letztere. Es geht darum, die Erde nicht mehr als Eigentum des Menschen zu betrachten, sondern alle anderen Eigentümer/innen anzuerkennen und ihnen Stimme in unserem Recht zu geben (Herrmann-Pillath 2022). Praktisch erfordert das, Formen der Repräsentation zu schaffen (also etwa Klagerrechte von NGOs, welche die anderen Mitglieder eines Öko-

systems vertreten, das der Mensch beansprucht). Auch das ist nichts Neues, denn unser Rechtssystem kennt viele Weisen, wie Rechtspersonen begründet werden, die keine menschlichen Akteure sind, sondern nur durch diese vertreten werden. Das führt mich zum zweiten Punkt.

Abschaffung aller Formen der Haftungsbeschränkung

Wachstum wird vor allem dadurch vorwärtsgetrieben, dass unser Rechtssystem eine *Anti-Ockham-Logik* verkörpert, also in der Lage ist, Rechtsobjekte und -subjekte in schier unendlicher Fülle zu multiplizieren (Pistor 2019). Unsere Wirtschaft wächst zwar materiell, aber dies wird ermöglicht durch das Wachstum fiktiver wirtschaftlicher Einheiten, nämlich *assetification* (also die rechtliche Erzeugung neuer Vermögensgegenstände, wie die Ausweitung von Patenten auf die Biosphäre) und *corporatization* (die Schaffung immer neuer und oft verschachtelter Rechtspersonen), die gemeinsam dann ermöglichen, dass ständig neue Quellen der Gewinnerzielung geschaffen werden können.

Beide Vorgänge, *assetification* und *corporatization*, zielen darauf ab, erstens neue Möglichkeiten der exklusiven Aneignung von Gewinnen zu schaffen und zweitens gleichzeitig die Haftung für Folgen, die andere betreffen, so weit wie möglich einzuschränken, um das Vermögen vor deren Durchgriff zu schützen. In Kombination mit Marktwettbewerb führt dies dazu, dass Risiken von Wachstum jeder Art externalisiert werden, finanziell, ökologisch, sozial, politisch, soweit dies die Rechtsordnung zulässt. Im Marktwettbewerb stehen alle Akteure immer unter dem Druck, präventiv auf Wachstum hinzuarbeiten, weil stets die Gefahr besteht, dass Wettbewerber erfolgreicher sind (Binswanger 2006).

Der archimedische Punkt besteht in der Anwendung von Ockhams Messer – *Entia non sunt multiplicanda praeter necessitatem* (Wesenheiten dürfen nicht über das Notwendige hinaus vermehrt werden) –, und das ist hier: Die Abschaffung aller Formen der Haftungsbeschränkung für gewinnorientierte wirtschaftliche Aktivitäten und die Eindämmung aller Formen derivativer Schaffung von Vermögensgegenständen (also ohne direkten realwirtschaftlichen Bezug).

Auch diese Forderung, so radikal sie ist, ist keineswegs neu. Deutsche Ordoliberaler wie Eucken und Rüstow haben sie vertreten, und sie ist Teil nicht europäischer Rechtstraditionen, wie des islamischen Rechts. Praktisch bedeutet das die radikale Definanzenialisierung realwirtschaftlicher Prozesse und der Verzicht auf immer neue Aneignungen durch *assetification* wie die Ausweitung geistiger Eigentumsrechte auf die Biosphäre. Historisch gibt es eindeutige Evidenz, dass in solchen Systemen unternehmerisches Handeln keineswegs beeinträchtigt wird, nicht zuletzt in der frühen, hochdynamischen Phase der europäischen Industrialisierung (Ireland 2010). Gleichzeitig kann die Haftungsbeschränkung durchaus für alle Formen gemeinwohlorientierten Wirtschaftens Anwendung finden.

Die Neuerfindung der Arbeit und das bedingungslose Grundeinkommen

Eine weitere institutionelle Transformation ist gleichzeitig eine kulturelle. Mit der *industrious revolution* der frühen Neuzeit hatte sich in Europa eine Kultur des materiellen Konsums als Identitätsstifter und Statusordnung etabliert, verbunden mit einer produktivistischen Sicht auf die menschliche Arbeit (De Vries 2008). Wir arbeiten produktiv, um Geldeinkommen zu erzielen, das wir dann für unseren materiellen Konsum einsetzen. Alle unsere wirtschaftlichen Institutionen, auch die den Kapitalismus abmildernden Sozialsysteme, sind auf Wachstum angewiesen, und die Konsumkultur schafft die individuelle Motivation dafür, zulasten nicht produktivistischer Formen von Arbeit, oft als *care* bezeichnet (Puig de la Bellacasa 2017).

Der Schlüssel dazu ist ein universelles und bedingungsloses Grundeinkommen (Parijs and Vanderborcht 2017). Es hat deswegen transformativen Charakter, weil es die Produktivität der Marktwirtschaft nutzt, um allen Menschen die freie Entscheidung zu ermöglichen, an dieser teilzunehmen oder nicht. Dem materiellen Wachstum werden Grenzen gesetzt nicht durch Einschränkung individueller Freiheit, sondern gerade durch deren radikale Erweiterung. Das lässt sich mit der Idee universeller Rechte des Lebens verbinden, indem Arbeit nicht mehr als Produktion von Gegenständen begriffen wird (materiell oder immateriell), sondern als schaffendes expressives Handeln, also als Ausdruck von *flourishing*, das allen Lebensformen zu eigen ist.

Das gilt auch für unternehmerisches Handeln in der Marktwirtschaft. Das Grundeinkommen bleibt aufs Engste mit der Marktwirtschaft verkoppelt, die es durch dessen Finanzierung ermöglicht. Die Differenz zum bestehenden System ist, dass die Marktwirtschaft nicht mehr lediglich unter dem Gesichtspunkt betrachtet wird, was sie an materiellen Gütern produziert, sondern was sie zur Blüte der Gemeinschaft von Menschen und Biosphäre beiträgt.

Eine allgemeine Energiesteuer

Praktisch stellt sich die Frage nach der konkreten Finanzierung des Grundeinkommens. Dieser Punkt hängt mit dem vierten zusammen, der die einzige direkte Intervention in materielle Prozesse darstellt (also im Unterschied zu institutionellen Maßnahmen). Wenn das eigentliche Problem das Wachstum der Technosphäre ist, dann liegt es nahe, den Materialdurchsatz selbst einzuschränken. Die meisten bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung von Externalitäten setzen aber beim Output an. Es gibt verschiedene Vorschläge, wie man durch Verteuerung des Ressourceneinsatzes auf der Inputseite Wachstum begrenzen kann (Richters und Simoneit 2019). Zentral dürfte aber die relative Verteuerung der Energie sein, denn dies setzt an den fundamentalen thermodynamischen Mechanismen des materiellen Wachstums an (Kümmel 2011). Die

derzeitige Fokussierung auf Dekarbonisierung ist zwar nicht falsch, aber viel zu eng.

Die ökologische Ökonomik hat früh gezeigt, dass die theoretische Behandlung von Wachstum daran krankt, die fundamentale Rolle der Energie auszublenden. Wird sie explizit berücksichtigt, zeigt sich, dass sie weit unter seinem materiellen Produktivitätsbeitrag „entlohnt“, also „ausgebeutet“ wird. Hier gibt es aber ein Paradox der erneuerbaren Energien: Im Prinzip sind diese unerschöpflich, ja ein freies Gut, weil sie letzten Endes auf Solarenergie beruhen. Ihre Knappheit entsteht erst durch die Beschränkungen bei dem Einsatz der Technologien zu ihrer Nutzung (etwa die Flächen für Solaranlagen). Technologische Optimisten mögen freilich annehmen, dass der menschliche Erfindungsgeist diese Einschränkungen überwinden wird. Das würde im jetzigen System aber bedeuten, dass die Technosphäre über alle Grenzen wächst: Die vollständige Hybridisierung der Erde als „Cyborg-Gaia“.

Ohne eine Verknappung der Energie, also eine entsprechende Bepreisung durch eine universelle Energiesteuer, ist dieses Paradox nicht auflösbar, will man eine Balance von Technosphäre und Biosphäre erreichen. Auch hier gibt es aufschlussreiche empirische Einsichten zur Geschichte der Industrialisierung: Entscheidend für den Siegeszug der fossilen Energien waren deren kontinuierliche Verbilligung in Europa. Historisch ist China das exakte Gegenbild mit teuren fossilen Energien, was im Kern das Ausbleiben der Industrialisierung dort erklärt (Allen 2009). Das verweist aber auf ein bedeutsames Korrelat zur Verteuerung des Faktors Energie: Nämlich die relative Begünstigung des Faktors Arbeit, weil Energie auch der zentrale Input für die Produktion von Kapital ist.

Eine universelle Energiesteuer ist eine strukturelle Kraft zur Steigerung der Arbeitsintensität aller Produktionsprozesse. Die menschliche Arbeit ist heute gebunden an kapital- und energieintensive Mechanismen ihrer Ermöglichung, wie beispielsweise die industrielle Landwirtschaft oder technische Hilfsmittel. Eine Verteuerung der Energie fördert die ökologisch wünschenswerten langfristigen Folgen der Intensivierung der Arbeit. Dies hätte weitreichende strukturelle Effekte, wie beispielsweise die Regionalisierung von Produktion wegen der Verteuerung des Transportes oder die technische Integration von energieintensiver Informationstechnologie und menschlicher Intelligenz.

Die Energiesteuer ist reichhaltig und finanziell nachhaltig, da Energie nicht vollständig substituierbar ist, und sie kann somit die wichtigste Quelle der Finanzierung des Grundeinkommens werden. Insofern zeigt sich, dass die hier vorgetragenen Punkte sich gegenseitig unterstützen, ja verstärken.

Ausblick

Will man das hier vorgetragene Argument zusammenfassen, dann geht es darum, die Kernelemente des industriellen Kapitalismus zu demontieren, wie er sich im 19. Jahrhundert formiert hat. Der Vergleich mit anderen Wirtschaftssystemen

in dieser Zeit akzentuiert genau diese Elemente, wie beispielsweise im kaiserlichen China das Ausbleiben von Korporatisierung und Haftungsbeschränkung sowie die hohen relativen Preise von Energie im Vergleich zur Arbeit. Diese Demontage bedeutet aber keineswegs, dass die Marktwirtschaft abgeschafft wird: Im Gegenteil, sie wird aus dem „stählernen Gehäuse“ der kapitalistischen Wachstums-Maschine befreit.

Literatur

- Allen, R. C. (2009): *The British Industrial Revolution in Global Perspective*. Cambridge, Cambridge University Press. doi: 10.1017/CBO9780511816680
- Bannas, S./Herrmann-Pillath, C. (2020): *Marktwirtschaft: Zu einer neuen Wirklichkeit*. 30 Thesen zur Transformation unserer Wirtschaftsordnung. Stuttgart, Schaeffer-Poeschel.
- Binswanger, H. C. (2006): *Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Wachstumsprozesses*. Marburg, Metropolis.
- Corrigan, D. P./Oksanen, M. (Hrsg.) (2021): *Rights of Nature: A Re-examination*. London, Routledge. doi: 10.4324/9780367479589
- De Vries, J. (2008): *The Industrious Revolution. Consumer Behavior and the Household Economy, 1650 to the Present*. Cambridge, Cambridge University Press. doi: 10.1017/CBO9780511818196
- Folke, C./Polasky, S./Rockström, J. et al. (2021): *Our Future in the Anthropocene Biosphere*. In: *Ambio* 50/4: 834–869. doi: 10.1007/s13280-021-01544-8
- Herrmann-Pillath, C. (2021): *A Copernican Moment: Engaging Economic Ethics in Orchestrating the Geocentric Turn in Economics*. In: Böhle, M./Marrone, E. (Hrsg.): *Geo-societal Narratives – Contextualising Geosciences*. New York, Palgrave Macmillan. 105–126. doi: 10.1007/978-3-030-79028-8_8
- Ireland, P. (2010): *Limited Liability, Shareholder Rights and the Problem of Corporate Irresponsibility*. In: *Cambridge Journal of Economics* 34/5: 837–856. doi: 10.1093/cje/ben040
- Kümmel, R. (2011): *The Second Law of Economics: Energy, Entropy, and the Origins of Wealth*. New York, Springer. doi: 10.1007/978-1-4419-9365-6_3
- Meadows, D. et al. (1972): *Die Grenzen des Wachstums*. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.
- Parijs, P. van/Vanderborght, Y. (2019): *Basic Income: A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy*. London, Harvard University Press.
- Pistor, K. (2019): *The Code of Capital: How the Law Creates Wealth and Inequality*. Princeton, Princeton University Press. London, Harvard University Press. doi: 10.1515/9780691189437
- Puig de la Bellacasa, M. (2017): *Matters of Care: Speculative Ethics in more than Human Worlds*. Minneapolis, University of Minnesota Press. doi: 10.1017/S2753906700002096
- Richters, O./Siemoneit, A. (2019): *Marktwirtschaft reparieren: Entwurf einer freiheitlichen, gerechten und nachhaltigen Utopie*. München, Oekom. doi: 10.14512/9783962385408
- Vanuxem, S. (2018): *La Propriété de la terre*. Marseille, Wildproject.

AUTOR + KONTAKT

Carsten Herrmann-Pillath ist Professor und Permanent Fellow am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt.

Universität Erfurt, Steinplatz 2, 99085 Erfurt.

E-Mail: carsten.herrmann-pillath@uni-erfurt.de;

Internet: www.cahepil.net; www.technosphere.blog

